

Wolfgang Ehmke

Atom: Und täglich grüßt das Restrisiko

Bereits zum vierten Mal jährt sich am 11. März der verheerende Tsunami in Japan und mit ihm die Nuklearkatastrophe im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi. Während die Betreiberfirma Tepco im Dezember 2014 immerhin vermelden konnte, dass aus einem der vier Reaktoren alle Brennstäbe entfernt wurden, bleiben viele weitere gravierende Probleme nach wie vor ungelöst: Noch immer lagern Brennstäbe in den übrigen Reaktoren, die ständig gekühlt werden müssen. Tag für Tag gelangen deshalb Unmengen radioaktiv verseuchten Kühlwassers ins Meer.¹ Noch immer ist das Fischen südlich von Fukushima verboten – zu hoch ist die radioaktive Belastung der gefangenen Fische.² Zahllose Container sammeln sich auf dem Gelände des Kernkraftwerks, in denen radioaktives Kühlwasser gesammelt wird, ohne dass es für deren Entsorgung ein Konzept gäbe. Mit den Aufräumarbeiten sind über viele Unterfirmen schlecht ausgebildete und schlecht bezahlte Leiharbeiter beschäftigt, deren Strahlenexposition nicht ordnungsgemäß erfasst wird. Derweil der offizielle UN-Bericht zu den Auswirkungen der Reaktorkatastrophe keine gravierenden Gesundheitsfolgen für die betroffene Bevölkerung prognostiziert,³ offenbaren neueste Reihenuntersuchungen einen

messbaren Anstieg von Schilddrüsenerkrankungen bei Kindern.⁴ Die Reaktorkatastrophe in einem hochindustriellen Land wie Japan zeigt auch nach vier Jahren vor allem eins: Diese Technologie lässt sich nicht beherrschen.

Das gilt nicht nur für die Katastrophe selbst, sondern auch für das Krisenmanagement im Falle eines Störfalls: Im Oktober 2014 berichtete die „tageszeitung“ über eine Katastrophenübung in Deutschland, bei der Bund und Länder einen atomaren Störfall simulierten. Dabei zeigten sich gravierende Mängel in der Zusammenarbeit von Landes- und Bundesbehörden und insbesondere bei der Information der Bevölkerung. Noch immer scheint vor allem eine Devise zu gelten: Um Panik zu verhindern, werden systematisch Informationen zurückgehalten. Im Planspiel zögerten die zuständigen Beamten teilweise so lange, bis die fiktive radioaktive Wolke schon über bewohntes Gebiet gezogen wäre. Das aber hätte im schlimmsten Fall verheerende Auswirkungen für die Menschen: Denn allein der Aufenthalt in Gebäuden verringert die direkte Aufnahme von Radioaktivität um ein Vielfaches. Darüber hinaus gab es vielfältige Abstimmungsschwierigkeiten zwischen Bund und Ländern sowie Kompetenzgerangel zwischen den zuständigen Behörden. Dies macht deutlich: Für einen Störfall ist das Land äußerst schlecht gerüstet.⁵

Doch selbst ohne einen gravierenden Zwischenfall in einem Kernkraft-

1 Vgl. dazu auch Sebastian Pflugbeil, Tschernobyl in Permanenz. Ein Jahr Fukushima, in: „Blätter“, 3/2012, S. 89-97; Fukumoto Masao, Drei Jahre Fukushima – verdrängt und vergessen?, in: „Blätter“, 3/2014, S. 21-24.

2 Vgl. Christoph Neidhart, Die Fischer von Fukushima bleiben arbeitslos, in: „Tagesanzeiger“, 9.12.2014, www.tagesanzeiger.ch.

3 Vgl. UNSCEAR, Sources, Effects and Risks of Ionizing Radiation. Report to the General Assembly with Scientific Annexes, Volume I, New York 2014; Volume II, New York 2013.

4 Vgl. IPPNW, Zahl der Schilddrüsenkrebsfälle steigt weiter an. Gesundheitliche Folgen der atomaren Katastrophe von Fukushima, Pressemitteilung vom 6.1.2015, www.ippnw.de.

5 Vgl. Auslegungsüberschreitender Kühlmittelverluststörfall, in: „die tageszeitung“ (taz), 25.10.2014, S. 8-9.

werk kann es jederzeit auch hierzu-lande zu einer atomaren Havarie kommen, selbst an Orten, an denen kaum jemand mit einer solchen Gefahr rechnet – wie beispielsweise dem Hamburger Hafen.

Haarscharf an der Katastrophe vorbei

Es ist der Tag der Arbeit 2013. Die „Atlantic Cartier“ passiert am Vormittag den Hamburger Fischmarkt, dort halten die DGB-Gewerkschaften ihre Kundgebung ab. Gleichzeitig kommen über 100 000 Besucher zum 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag nach Hamburg. In der Hafencity halten sich deshalb außergewöhnlich viele Menschen auf. Allein 12 000 Gläubige besuchen am Strandkai den Abendsegen, als gegen 20 Uhr auf der „Atlantic Cartier“ ein Feuer ausbricht. Das Schiff hatte am O'Swaldkai festgemacht, Luftlinie keine tausend Meter von den Besuchern entfernt.

An Bord des Frachters befinden sich nicht nur Fahrzeuge, Parfüm und Airbags. Im Schiffsbauch lagern auch zwei Tonnen Raketentreibstoff, drei Tonnen Munition, elf Tonnen frische Kernbrennstäbe und 8,9 Tonnen hochgefährliches Uranhexafluorid. 300 Feuerwehrleute rücken an, es droht die Freisetzung von Radioaktivität wie auch von hochgiftiger Flusssäure. Diese entsteht, wenn Uranhexafluorid austritt und mit Wasser reagiert – dafür reicht schon eine hohe Luftfeuchtigkeit. Der Brand kann deshalb nicht mit Wasser gelöscht, sondern muss mit Kohlendioxid bekämpft werden. Aufgrund undichter Luken reicht jedoch die bordeigene Kohlendioxid-Löschanlage nicht aus, um das Feuer zu erstickern. Wegen des Feiertags kann die Feuerwehr allerdings in ganz Norddeutschland kein zusätzliches Kohlendioxid auftreiben und zur Brandstelle transportieren lassen. Während die Bordwand von außen mit Wasser ge-

kühlt wird, evakuiert die Feuerwehr die Gefahrgutcontainer vom Schiff und schafft es anschließend, das Feuer zu löschen. Die Summe der unglücklichen Verkettungen liest sich wie ein Drehbuch für den Endlosfilm „Restrisiko“,⁶ Auch das Verhalten des Hamburger Senats fügt sich trefflich in ein solches fiktives Drehbuch ein: Wie bei anderen Störfällen und Problemen wurde die Öffentlichkeit erst zwei Wochen später und nur aufgrund einer Anfrage der Hamburger Grünen über die Gefahrgüter auf dem brennenden Frachter informiert.

Das Risiko ist keineswegs gebannt

Der Brand auf der „Atlantic Cartier“ zählt zu den größten Havarien in der Geschichte des Hamburger Hafens. Diese Beinahe-Katastrophe wirft ein Schlaglicht auf das bleibende atomare Restrisiko nach Fukushima: Mit der Abschaltung von acht Atomkraftwerken ist das Risiko keineswegs gebannt, immer noch laufen neun Atomkraftwerke in Deutschland. Ganz abgesehen von den zahllosen Atomkraftwerken in den Nachbarländern. Tausende Nukleartransporte und Atommülldeponien überziehen wie ein Spinnennetz das Land. Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen verwiesen nach dem Hamburger Vorfall auf den Etikettenschwindel des deutschen Atomausstiegs, denn die Gefahren sind längst nicht gebannt. „Es finden sehr viel mehr Transporte radioaktiven Materials statt, als wir ahnen“, warnt auch der Nuklearexperte Wolfgang Neumann.⁷

6 Vgl. Hamburger Hafen. Brennender Frachter hatte radioaktives Material geladen, www.zeit.de, 17.5.2013; Kai von Appen, Schiff mit radioaktiver Fracht. Fast Katastrophe beim Kirchentag, in: *taz*, 17.5.2013 sowie ders. und Klaus Wolschner, Gefährliches Feuer. Lieferengpass bei Löschmittel, in: *taz*, 26.5.2013.

7 Vgl. Maximilian Schäfer, Friedrich Lindenberg und Christina Elmer, Datenlese. Die verborgenen Wege der Atomtransporte, www.spiegel.de, 29.5.2013.

Jährlich rollen rund 500 Transporte von Kernbrennstoffen und sogenannten radioaktiven Großquellen durch die Republik, genehmigt vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Den zahlenmäßig größten Anteil haben jedoch Transporte radioaktiver Stoffe für Mess-, Forschungs- und medizinische Zwecke, die nicht vom BfS genehmigt werden, sondern anderen Regularien unterliegen. Deren Zahl lässt sich nur abschätzen. Per Schiff, per Bahn, auf der Straße – Unfälle mit verheerenden Folgen sind nie auszuschließen.⁸

Das Bundesamt veröffentlicht zudem nur Absender und Empfänger, nicht aber den genauen Weg, den das nukleare Material nimmt, deshalb taucht ein Umschlagpunkt wie der Hamburger Hafen auf der Seite des Bundesamtes für Strahlenschutz gar nicht auf. „Man will verhindern, dass das Material von Leuten gekapert wird, die damit Bomben bauen. Oder dass Terroristen es mit panzerbrechenden Waffen beschießen“, so Wolfgang Neumann.⁹ In Hamburg wird beispielsweise Uranerzkonzentrat aus Montreal/Kanada, Santos/Brasilien oder Tacoma/USA umgeschlagen. Zur weiteren Verarbeitung geht es auf der Schiene über Maschen, Osnabrück, Münster, Hamm, Köln, Trier und Woippy nach Narbonne in Frankreich zur Uranerzkonzentration. Dort wird aus dem Uranerzkonzentrat in zwei Schritten Uranhexafluorid (UF₆) hergestellt. Anschließend führt der Weg wieder zurück nach Deutschland, zur Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau, dem Zwischenschritt für die Brennelementeproduktion. Zwei Knotenpunkte der Atomtransporte allerdings stehen fest – ebenjenes Gronau und Lingen im Emsland, dort werden Brennelemente für Atomkraftwerke hergestellt.

Die UAA Gronau ist vom Atomausstieg explizit ausgenommen. Am

8 Vgl. Bundesamt für Strahlenschutz, Zahlen und Fakten: Transporte von Kernbrennstoffen und Großquellen, www.bfs.de.

9 Vgl. Schäfer/Lindenberg/Elmer, a.a.O.

14. Februar 2005 erfolgte die Genehmigung zur Erweiterung des Betriebsgeländes und zum Bau der Trennanlage „UTA-2“ mit einer geplanten zusätzlichen jährlichen Kapazität von 2700 Tonnen Urantrennarbeit. Die Jahreskapazität umfasst nun 4500 Tonnen; damit können 30 Atomkraftwerke versorgt werden. Die Betreiberfirma Urenco beliefert 50 Kunden in 18 Ländern.

In dem zum AREVA-Konzern gehörenden Unternehmen Advanced Nuclear Fuels (ANF) in Lingen werden Uran-Brennelemente für Leichtwasserreaktoren hergestellt. Die ANF verfügt ebenfalls über eine unbefristete Betriebsgenehmigung. Beide Anlagen stehen im Fokus der Kritik. Störfälle, Materialermüdung, mangelndes Altersmanagement und wachsende Atommüllhalden sind die Stichworte. Umweltinitiativen und Anti-Atom-Gruppen setzen sich auch weiterhin für die Schließung der Anlagen ein, die vom Atomausstieg nicht betroffen sind.¹⁰

Öffentlicher Protest hat dazu beigetragen, dass das abgereicherte Uran aus der UAA Gronau nicht mehr als „Wertstoff“ nach Russland transportiert wird. Es wird nun stattdessen in Gronau unter freiem Himmel aufgehaldet. Die Urenco lässt gerade eine Zwischenlagerhalle für 60000 Tonnen Atommüll errichten.

Atommüll überall

Dieser Müll, früher als „Wertstoff“ deklariert, hat erst jetzt endlich auch Eingang in offizielle Bilanzen gefunden. Ein Jahr nachdem Bürgerinitiativen und Umweltverbände in ihrem „Sorgenbericht“¹¹ eine umfassende Bestandsaufnahme des Atommülls des-

10 NDR, 120 Organisationen gegen Lingener Atomanlagen, www.ndr.de, 28.1.2015.

11 Ursula Schönberger, Atommüll. Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland. Sorgenbericht der Atommüllkonferenz, Salzgitter 2013, www.atommuellreport.de.

ters vorgelegt haben, zog das Bundesumweltministerium nach: Im Oktober 2014 legte es ein Verzeichnis radioaktiver Abfälle vor, erstmalig wurden Abfälle aus Gronau und der Asse II, die zurückgeholt werden sollen, in die Bilanz aufgenommen. Das Volumen des Nuklearmülls verdoppelte sich damit auf 600 000 Kubikmeter.¹²

In der behördlichen Bestandsaufnahme fehlen jedoch noch immer Hinweise auf meldepflichtige Ereignisse und bekannt gewordene Skandale, wie sie im „Sorgenbericht“ der Bürgerinitiativen aufgelistet sind. Dieser hingegen liest sich wie ein Kriminalroman. Immer wieder ist von minderwertigen Baustoffen die Rede, von vertuschten „meldepflichtigen Vorfällen“, unsicheren Standorten oder Anlagen,

12 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Nationales Entsorgungsprogramm. Programm für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle, www.bmub.bund.de.

die ohne oder erst mit nachträglich erteilten Betriebsgenehmigungen liefen. Die Sammlung zeigt Standorte auf, an denen Fässer mit Atom Müll vor sich hin rosten wie in Brunsbüttel.

In Jülich ist der Reaktordruckbehälter so stark verstrahlt, dass nun mit hohem finanziellem und technischem Aufwand eigens ein Zwischenlager dafür gebaut werden muss. Für die Altlasten des Wismut-Bergbaus – Uranabbau und -aufbereitung der DDR – gelten bis heute die höheren Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung der DDR als Sonderkondition. Fragwürdigkeiten wie obsolet gewordene Entsorgungsnachweise, die nicht revidiert werden, sind kein Sonderfall, sondern die Regel. Schließlich ist oftmals die Öffentlichkeit bei Genehmigungen ausgeschlossen.¹³

Über 90 Standorte hat Ursula Schönberger von der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. in Form von Datenblättern abgebildet und so den Atom Müll jetzt in einer interaktiven Karte „sichtbar“ gemacht.¹⁴

Die Bestandsaufnahme offenbart: Atom Müll betrifft viele Menschen unmittelbar. Nun muss auch eine Gefahrenabschätzung folgen. Eine realistische Auseinandersetzung ist notwendig, um künftigen Generationen kein Desaster zu hinterlassen.

Angesichts all der Risiken und der ungeklärten Lagerung des auf hunderttausende Jahre strahlenden Atom mülls drängen die Initiativen auf einen vollständigen Atomausstieg – ohne Schlupflöcher wie in Gronau und Lingen. Der gesellschaftliche Umgang mit den nuklearen Hinterlassenschaften des Atomzeitalters – das zeigt sich vier Jahre nach Fukushima einmal mehr – ist und bleibt eine Herkulesaufgabe sondergleichen.

13 Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danzenberg e.V. (Hg.), Entsorgungs-Fiasko. Eine aktuelle Atom müll-Bilanz, Zur Sache Nr. 2, August 2013.

14 Vgl. den Sorgenbericht der Atom müllkonferenz, www.atommuell-report.de, a.a.O.

Anzeige



Weggesperrt – und dann?

Bitte spenden Sie die »Blätter für deutsche und internationale Politik« für Menschen in Haft zum Preis von: 84,60 € jährlich oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00 BIC: BFSWDE33BER, Kennwort: Blätter

Foto: Beate Pundt

www.freibos.de

